

# „Von Mehrwertsteuer-Erhöhung könnte enorme rezessive Wirkung ausgehen“

**WIRTSCHAFTSPOLITIK:** Professor Walter Steinmair über das italienische Haushaltsgesetz, die geplante Mehrwertsteuer-Erhöhung und die europäische Perspektive

**BOZEN (D).** Der Haushaltsstreit zwischen Italien und der Europäischen Union ist – zumindest vorerst – beendet. Dass es zu keinem Haushaltsverfahren gekommen ist, sei zu begrüßen, sagt Professor Walter Steinmair im großen „Dolomiten“-Interview. Gleichzeitig betont er, dass gerade diese italienische Regierung mehr Einkommensgerechtigkeit für Einkommensschwächere schaffen wollte, nun aber Maßnahmen setzt, die gerade diese Gruppe trifft. Ein Gespräch.

**„Dolomiten“: Herr Steinmair, der Haushaltsstreit ist beigelegt. Wie beurteilen Sie das Ergebnis?**

Walter Steinmair: Dass es zu keinem Haushaltsverfahren gekommen ist, ist zunächst einmal zu begrüßen. Bereits die Einleitung eines solchen Vertragsverletzungsverfahrens hätte ein sehr negatives Licht auf Italien geworfen und die Verunsicherung auf den internationalen Finanzmärkten weiter erhöht. Im schlimmsten Fall hätten Italien sogar hohe Geldstrafen gedroht – eigentlich eine paradoxe Situation für einen Mitgliedstaat, der mit seinen Finanzen nicht zurecht kommt.

„Ohne Europäische Union wäre in Italien eine rücksichtslose Ausgabenpolitik betrieben worden, wohl mit ruinösen Konsequenzen.“

Walter Steinmair

**„D“: Italien konnte also mit seinen Zusagen überzeugen?**

Steinmair: Das glaube ich weniger. Es zeigt sich vielmehr, dass das Schicksal der Europäischen Union untrennbar mit jenem Italiens, einem Gründungsmitglied, verbunden ist. Die Europäische Union braucht Italien und umgekehrt. Ohne Europäische Union wäre in Italien eine rücksichtslose Ausgabenpolitik betrieben worden, wohl mit ruinösen Konsequenzen. Das konnte nun vorerst verhindert werden, aber



Walter Steinmair: „Die Perspektive dieses Haushaltsgesetzes reicht genau bis zu den nächsten EU-Parlamentswahlen im Mai 2019.“

auch die EU musste Konzessionen machen.

**„D“: Die da wären?**

Steinmair: Das Haushaltsdefizit darf über 2 Prozent liegen, wenn auch nur knapp. Allein damit wird der Pfad der Tugend wieder verlassen und wie auf dieser Basis der so dringend notwendige Schuldenabbau gelingen soll, bleibt rätselhaft. Aber das eigentliche Entgegenkommen liegt auf einer ganz anderen Ebene. Die Europäische Kommission hat sich offenkundig bereit erklärt, eine Argumentation aus Italien zu akzeptieren, die in vielem spekulativ ist.

**„D“: Sowohl was die Wachstumsprognosen anbelangt als auch in Hinblick auf die erwarteten Einnahmen?**

Steinmair: Richtig. Ob die Wachstumsraten von über einem Prozent in den kommenden Jahren, so wie prognostiziert, erzielt werden, steht in den Sternen. Und nicht minder spekulativ sind die Erwartungen, was die Steuereinnahmen anbelangt. So wurden hohe Einnahmen im Bereich der Web-Tax veranschlagt: 3 Pro-

zent des Umsatzes bei einem Umsatz von über 750 Millionen Euro, wo immer dieser erzielt worden ist. Ob sich eine solche Steuer überhaupt realisieren lässt, bleibt fraglich. Des Weiteren soll Staatsvermögen veräußert werden. Auch diesbezüglich sind Einnahmenprognosen schwierig und auf jeden Fall handelt es sich hierbei um Einmaleinnahmen. Die Steuereinnahmen aus Spiel und Wette sollen weiter erhöht werden, wobei dieser Bereich, schon allein wenn man auf die Folgen der Spielsucht schaut, ein äußerst problematischer ist. Die 50-prozentige Ermäßigung der Gesellschaftsteuer IRES für sozialkaritative Einrichtungen soll gestrichen werden. Diese Einrichtungen haben aber wichtige öffentliche Aufgaben übernommen, die wieder auf den Staat zurückfallen, wenn die privaten Anbieter ausfallen. Auch kirchliche Einrichtungen, die etwa im Bereich der Bildung tätig sind, sind davon betroffen. Gleichzeitig werden zahlreiche Steuererleichterungen und Zuwendungen für den Süden sowie für die Innovationsförderung gestrichen bzw. gekürzt.

Damit kommen wertvolle Wachstumsimpulse abhanden.

„Das ist tatsächlich eine ganz große Gefahr. Nicht unmittelbar, aber ab 2020.“

Walter Steinmair

**„D“: Und über allem hängt noch das Damoklesschwert der Mehrwertsteuer-Erhöhung.**

Steinmair: Das ist tatsächlich eine ganz große Gefahr. Nicht unmittelbar, aber ab 2020. Für 2019 konnte der reduzierte Satz noch auf 10 Prozent, der Normalsatz auf 22 Prozent eingefroren werden. Schon für 2020 soll der reduzierte Satz hingegen auf 13 Prozent, der ordentliche Satz auf 25,2 Prozent erhöht werden und für 2021 droht eine Anhebung des Normalsatzes sogar auf 26,5 Prozent, wenn keine alternativen Finanzierungsquellen für die staatlichen Ausgaben gefunden werden. Diese Quellen sind aber nicht ersichtlich. Die erhöhten Einnahmen aus der Anhebung der MwSt-Sätze würden sich im

Jahr 2020 auf voraussichtlich 23 Milliarden Euro und im Jahr 2021 auf 29 Milliarden Euro belaufen. Von einer solchen Mehrwertsteuererhöhung könnte eine enorme rezessive Wirkung ausgehen. Im europäischen Vergleich würde die italienische Mehrwertsteuerbelastung Spitzenwerte erreichen.

„Eine Regierung, die angetreten ist, für mehr Einkommensgerechtigkeit für die Einkommensschwächeren zu sorgen, setzt nun eine Reihe von Maßnahmen, die gerade diese Gruppe treffen werden.“

Walter Steinmair

**„D“: Von einer Steuerpolitik für den „kleinen Mann“ ist somit wenig zu verspüren?**

Steinmair: Das ist ja das Dilemma. Eine Regierung, die angetreten ist, für mehr Einkommensgerechtigkeit insbesondere für die Einkommensschwächeren zu sorgen, setzt nun eine Reihe von Maßnahmen, die gerade diese Gruppe treffen werden. Das Mindesteinkommen und die Frührentierung haben zwar breite Wählerschichten angesprochen, aber so langsam kommt die Einsicht auf, dass dieselben Wählerschichten bzw. ihr unmittelbares familiäres Umfeld die Kosten dafür tragen müssen. Die Besteuerung der Höchstpensionen über 100.000 € wird nicht viel bringen – so soll der viel diskutierte 40-prozentige Solidaritätsbeitrag für Jahrespensionen über 500.000 Euro gerade einmal 2 Dutzend Personen in ganz Italien betreffen. Die Mehreinnahmen aus dieser Maßnahme werden bei wenigen hunderttausend Euro liegen. Die eingeschränkte Inflationsanpassung für Pensionen von 1540 Euro bis 3000 Euro wird hingegen die Kaufkraft eines ganz großen Teils der Pensionisten reduzieren. Hier sollen in drei Jahren über 2 Milliarden Euro eingespart werden.

**„D“: Kein gutes Zeugnis für diese Regierung?**

Steinmair: Diese Regierung woll-

te eine neue Ära einleiten, allerdings sehe ich keinen Paradigmenwechsel zur Vergangenheit. Mit sozialer Absicherung und breiter Steuerentlastung hat sich die Regierung zwar Ziele gesetzt, die berechtigt und notwendig sind. Die Maßnahmen sollen jedoch größtenteils mit Neuverschuldung finanziert werden. Die mageren Einsparungen auf der Ausgabenseite sind wenig durchdacht, obwohl es viel Potential gäbe, etwa durch Spending Review. Gerechtigkeitshalber muss man schon hinzufügen, dass die enorme Schuldenlast über Jahrzehnte aufgebaut und von den Vorgängerregierungen hinterlassen worden ist. In Italien hat sich eine Mentalität des öffentlichen Schuldenmachens fest etabliert und die Bürger fordern aus einer Erwartungshaltung heraus nicht finanzierbare staatliche Leistungen und Geschenke ein. Der Populismus wurde nicht erst von dieser Regierung erfunden.

„Das wäre das Ende der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Eine sehr kurzsichtige Politik, die letztlich Italien nur schaden wird.“

Walter Steinmair

**„D“: Und die europäische Perspektive ist völlig abhanden gekommen?**

Steinmair: Die Perspektive dieses Haushaltsgesetzes reicht genau bis zu den nächsten EU-Parlamentswahlen im Mai 2019. Bis dahin muss der Schein gewahrt werden, auch wenn die Prognosen manifest unhaltbar sind. Für die Zeit danach hofft die italienische Regierung auf eine völlig andere Exekutive, die die Budgetregeln nicht mehr so streng sieht. Das wäre aber das Ende der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Eine sehr kurzsichtige Politik, die letztlich Italien nur schaden wird. Für die Probleme Italiens ist nicht die EU verantwortlich, sie sind hausgemacht. Eine Rückkehr zur verschwenderischen Ausgabenpolitik der 1970er- bis 1990er-Jahre ist einfach keine Option mehr, auch wenn einige davon träumen.